

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XIX
Entscheidungsverzeichnis	XLI

1. Teil. Einleitung 1

2. Teil. Grundlagen

§ 1. Die zwei Spuren der Vertrauenshaftung im BGB 7

§ 2. Zwei Spuren des Vertrauensschutzes in der österreichischen lex lata? 9

I. Einführung	9
A. Die Akzeptanz des zweispurigen Vertrauensschutzes in der österreichischen Lehre	10
B. Der zweispurige Vertrauensschutz nach den Vorstellungen der ABGB- Redaktoren	11
II. Positiver Vertrauensschutz	13
A. Positivrechtliche Anknüpfungspunkte	14
B. Rechtsgeschäftlicher Erfüllungsanspruch?	16
III. Negativer Vertrauensschutz	19
A. Positivrechtliche Anknüpfungspunkte	19
B. Eigenständigkeit des negativen Vertrauensschutzes innerhalb des Schadenersatzrechts?	22
IV. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	22

§ 3. Das Prinzip der „relativen (zweiseitigen) Rechtfertigung“ bzw der „beiderseitigen Rechtfertigung/Begründung“ 25

I. „Casum sentit dominus“ als Ausgangspunkt des Schadenersatzrechts	25
II. Schadenersatz „an sich“ und die Rechtfertigung gegen ein anderes (bestimmtes) Rechtssubjekt	26
III. Zur Wahl des Prinzips der „beiderseitigen Rechtfertigung“ als maßgebenden Untersuchungsansatz	28
A. Grundlegendes zur Rückwirkung des Prinzips auf den Untersuchungsansatz ...	29
B. Weiterführende Erwägungen zur Legitimierung des gewählten Untersuchungsansatzes	29
1. „Das wichtigste Zurechnungsmoment“	30
2. „Persönlicher Vorwurf eines schädigenden Verhaltens“	32

3. Teil. Die Tatbestände der Vertrauensersatzhaftung im Zivilrecht

§ 1. Haftung bei Ungültigkeit des Vertrages wegen Unmöglichkeit (§ 878 S 3 ABGB) 36

I. Rechtsentwicklung	36
A. Die ABGB-Stammfassung und die Fassung seit der 3. TN	36

V

B. § 307 BGB ein Vorbild für § 878 S 3 ABGB?	37
1. Die Orientierung der 3. TN am BGB	38
2. Konkrete Anhaltspunkte in den Materialien zu § 878 ABGB	39
3. Schlussfolgerungen	40
II. Terminologisches	41
A. „Abschluss“ ≠ „Zustandekommen“ ≠ „Gültigkeit“ des Vertrages	42
B. Das Erfordernis des Zustandekommens des Vertrages	43
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Geschädigten	44
A. Haftung setzt Vertrauen voraus	45
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus	47
1. Der unmittelbare Anwendungsbereich von § 878 S 3 ABGB	47
a. Vertrauen auf die Gültigkeit des Vertrages nach § 878 S 1 ABGB	47
b. Die Äußerung über die Leistungsmöglichkeit	48
c. Rückkoppelung zu „Abschließung“ ≠ „Zustandekommen“ ≠ „Gültigkeit“ des Vertrages	49
2. Erweiterung über den unmittelbaren Anwendungsbereich	51
a. Anhaltspunkte in der Rechtsprechung des OGH	52
i. OGH 4. 7. 1934, 2 Ob 548/34	52
ii. OGH 31. 1. 1951, 3 Ob 689/50	53
iii. OGH 18. 10. 1977, 4 Ob 95/77	54
(1) Aus den Feststellungen und dem Klagebegehren	54
(2) Aus der Begründung	55
(3) Zur rechtlichen Begründung des OGH	56
b. Haftung bei gesetzlich verbotenem oder sittenwidrigem Vertrag	60
i. Die Ausgangslage im ABGB	60
ii. Entstehungsgeschichtliches	62
(1) Zur ABGB-Stammfassung und den Änderungen der 3. TN	62
(2) Zu den Materialien der 3. TN	63
(3) Schlussfolgerungen	64
iii. Objektiv-teleologische Erwägungen	67
iv. Zusammenfassende Schlussfolgerungen	68
c. Haftung bei schlichter anfänglicher Unmöglichkeit	68
i. Die Gültigkeit des Vertrages (hA)	69
(1) Problemaufriss	69
(2) Zur Verknüpfung des Vertrauensschadensersatzes mit der Vertragsgültigkeit	71
(3) Ausschluss des Vertrauensschadensersatzes bei schlichter anfänglicher Unmöglichkeit?	72
ii. Wertungswidrigkeit einer Differenzierung zwischen Fällen der anfänglichen Unmöglichkeit	75
iii. Exkurs: Zur Haftung auf das Erfüllungsinteresse	77
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen auf die Gültigkeit des Vertrages voraus	81
1. Problemaufriss	82
2. Der Konditionalsatz „falls von diesem nicht dasselbe gilt“	84
3. Die Lehre und Rechtsprechung im Überblick	84
4. Antikritisches zum Haftungsausschluss	88
a. Zum Wortlautargument	90
b. Historische Interpretation	92
i. Scheys Vorschlag zur Neufassung des allgemeinen Vertragsrechts	93
ii. Zum Vortrag des Justizministers vom 11.12.1907 beigelegte Erläuterungen	96

iii. Entwurf der zum Vortrag des Justizministers vom 11.12.1907 beigelegten Erläuterungen	98
iv. Schlussfolgerungen	99
c. Objektiv teleologische Erwägungen	102
i. Der Zusammenhang mit dem Gedanken des Vertrauensschutzes	103
ii. Das Parallelproblem beim positiven Vertrauensschutz	106
iii. Zur sachlichen Rechtfertigung der Schutzwürdigkeit	108
iv. Schlussfolgerung	110
d. Zum Nichtbestehen von Aufklärungspflichten	110
e. Zum systematischen Einwand gegen eine Kulpakompensation	111
i. § 1308 ABGB relativiert systematische Bedenken	112
ii. Das Rechtsgeschäftsrecht als einschlägiger Vergleichsmaßstab	113
f. Inkonsequenz zum schutzwürdigen Vertrauen im Rechtsgeschäftsrecht?	115
5. Kulpakompensation auch bei ungleichem (Mit-)Verschulden?	116
a. Der Gesetzeswortlaut	117
b. Historische Interpretation	118
c. Objektiv teleologische Erwägungen	118
D. Vertrauensschaden	120
1. Die Kausalität des Vertrauens für eine Handlung	120
a. Ein Widerspruch zum Angewiesen Sein der Rechtsordnung an Äußerliches?	120
b. Zu einer Besonderheit der Schädigung durch Rat-/Auskunftserteilung ..	121
c. Zur normativen Verankerung	122
2. Zur Grenze des Umfangs des Ersatzanspruchs	124
IV. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers	128
A. Haftung setzt Verschulden voraus	128
B. Haftung setzt Pflichtverletzung voraus	132
1. Zur Ableitung der Pflicht	133
a. <i>Ballerstedts</i> vertrauenstheoretische Pflichtenbegründungskonzeption ..	134
i. Die Kritik der Lehre	134
ii. Antikritisches	136
(1) Vertrauensgedanken vs Korrelat privatautonomer Gestaltungsmöglichkeit	137
(2) Normative Bestimmung der Schutzwürdigkeit von Vertrauen ...	138
b. Schlussfolgerungen	140
2. Verletzung einer Aufklärungspflicht?	142
a. Das maßgebliche Kriterium bei der Differenzierung zwischen positivem und negativem Interesse	142
b. Ein differenziertes Verständnis	144
C. Die Kausalität als Haftungsvoraussetzung	147
1. Grundlagen	147
2. Der Ersatz sogenannter „nutzloser Aufwendungen“	147
a. Aufwendungen nach Zustandekommen des Vertrages	148
b. Aufwendungen anlässlich des Zustandekommens des Vertrages	149
c. Aufwendungen vor dem Zustandekommen des Vertrages	152
V. Die Belastung und Berechtigung im relativen Verhältnis	153
A. Ein Blick über den negativen Vertrauensschutz hinaus	154
B. Die sprachliche Nähe zu § 15 Abs 3 UGB	154
C. Objektiv-teleologische Erwägungen	155
D. Schutz abstrakten Vertrauens?	156

§ 2. Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 1019 ABGB)	160
I. Rechtsentwicklung	160
A. Von der Stammfassung des ABGB bis zum Rechtsüberleitungsgesetz	161
B. Die Reform der Scheinvertreterhaftung durch das HaRÄG 2005	163
C. Zur Übernahme und Transfer von Art 8 Nr 11 Abs 2 EVHGB in § 1019 ABGB	164
II. Zur Terminologie „Abschluß“, „Zustandekommen“ und „Gültigkeit“ des Vertrages	166
A. Ein Blick auf den Gesetzeswortlaut	166
B. Das Erfordernis des Zustandekommens des Vertrages	168
C. Ein Hinweis auf die gebotene Trennung von Fragen	169
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Geschädigten	169
A. Haftung setzt Vertrauen voraus	170
1. Gesetzeswortlaut	170
2. Die Übernahme von Art 8 Nr 11 EVHGB in § 1019 ABGB	170
a. Vorbemerkung zum verfolgten Gedanken	171
b. § 179 BGB eine Vertrauenshaftung?	173
i. Die Beratungen der Ersten Kommission	173
ii. Motive zum Allgemeinen Theile des BGB	174
iii. Die Beratungen der Zweiten Kommission	176
iv. Abschließende Würdigung	180
c. Rückschlüsse für § 1019 ABGB	181
i. Ausgangspunkt: Überprüfung von Art 8 Nr 11 EVHGB im Zuge des HaRÄG 2005	182
ii. Zum Verschuldensaspekt	182
iii. Zum Vertrauensaspekt	183
(1) Das Festhalten an Wertungen des Art 8 Nr 11 EVHGB	184
(2) Mögliche Einwände gegen das Festhalten an Wertungen des Art 8 Nr 11 EVHGB	185
d. Zusammenfassung	187
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus	188
1. Haftung setzt Vertrauen auf die Vertretungsmacht voraus	188
2. Erweiterung des gesetzlichen Vertrauensgegenstands	189
a. Haftung bei Erklärung einer zukünftigen Genehmigung	189
i. Der maßgebliche Sachverhalt	189
ii. Rechtliche Beurteilung im Hinblick auf § 1019 ABGB	190
b. Haftung bei Nichtexistenz des Gewaltgebers	191
i. Die Rechtsprechung zu Art 8 Nr 11 EVHGB	192
ii. Stellungnahme mit Blick auf § 1019 ABGB	192
c. Haftung bei mangelnder Geschäftsfähigkeit des Gewaltgebers	194
i. Die Rechtsprechung zu Art 8 Nr 11 EVHGB	194
ii. Stellungnahme mit Blick auf § 1019 ABGB	195
d. Haftung des Scheinboten	196
i. Problemaufriss	197
ii. Analoge Anwendung von § 1019 ABGB	198
e. Haftung bei unterlassenem Verwenden eines Rechtsformzusatzes	199
i. Problemaufriss	199
ii. Erklärung einer unbeschränkten Haftung einer natürlichen Person?	200
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen auf das Bestehen von Vertretungsmacht voraus	203
1. Von Art 8 Nr 11 EVHGB zu § 1019 ABGB	204
2. Behandlung des Mitverschuldens gemäß § 1019 ABGB	206
a. Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht	208
i. Vergleich mit Art 8 Nr 11 EVHGB und anderen Normen	208

ii. Grenzen normativen Vertrauensschutzes	210
iii. Schlussfolgerungen	212
(1) Vertrauen auf Handeln im fremden Namen ≠ Vertrauen auf Bestehen von Vertretungsmacht	212
(2) Entfall der Haftung	213
b. Kennenmüssen des Mangels der Vertretungsmacht	214
i. Vergleich mit Art 8 Nr 11 EVHGB und anderen Normen	214
ii. Kein Ausschluss normativen Vertrauensschutzes	215
iii. Schlussfolgerungen	217
D. Vertrauensschaden	219
1. Die Kausalität des Vertrauens für die Handlung	219
2. Haftungsbegrenzung durch das (hypothetische) Erfüllungsinteresse (§ 1019 S 2 ABGB)	220
a. Die unterschiedliche gesetzliche Ausgangslage nach § 1019 ABGB und § 878 S 3 ABGB	221
b. Die Rechtsprechung und Lehre im Überblick	222
i. Keine Allgemeingültigkeit der Beschränkung (hL)	222
ii. Gründe für eine Skepsis gegenüber der herrschenden Beurteilung ...	222
c. § 1019 S 2 ABGB eine erklärende Regelung	223
i. Der Standpunkt der Redaktoren des BGB	223
ii. Der Standpunkt der Redaktoren des HaRÄG 2005	226
(1) Eine Regel zur Begrenzung der Haftung des Scheinvertreters ...	226
(2) Der „Betrag des Interesses an der Wirksamkeit des Vertrages“ ...	226
aa. Seine Gleichsetzung mit dem Begriff des (gedachten/hypothetischen) Erfüllungsinteresses	227
ab. Zu seiner Berechnung	227
ac. Berücksichtigung des Verhältnisses von Differenzanspruch und Erfüllungsinteresse	228
(3) Die gesetzliche Verankerung eines Prinzips	229
iii. Die Modellkonstellation	230
(1) Allgemeine Überlegungen	231
(2) Der Schutzzweck der Norm als maßgebendes Schadenersatz- rechtliches Prinzip	234
(3) Ergebnis	237
iv. Schlussfolgerungen für § 1019 S 2 ABGB	237
d. § 1019 S 2 ABGB als erklärende Regelung	238
i. Zum Umfang des Ersatzes „nutzloser Aufwendungen“	239
(1) „Nutzlose Aufwendung“ ≠ „Frustrierte Aufwendung“	239
(2) Der Ersatz „nutzloser Aufwendungen“ in der Lehre zur Haftung des Scheinvertreters	239
(3) Grundlagen	241
aa. Die Art des Schadens?	242
ab. Zur Art der Ersatzleistung	243
(4) Die Begrenzung durch den Schutzzweck der Norm	244
ii. Zur Einschränkung von § 1019 S 2 ABGB nach hL	247
(1) Schaden aus dem Geltendmachen des Anspruchs	248
(2) Schaden an der Person oder absolut geschützten Gütern	250
IV. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers	253
A. Haftung setzt Verschulden voraus	253
1. Zum Konnex mit der culpa in contrahendo	254
2. Zum Gesetzeswortlaut	255
3. Zur Absicht des Gesetzgebers	255
4. Schlussfolgerungen	256

B. Haftung setzt Pflichtverletzung voraus	256
1. Der Meinungsstand im Überblick	256
2. Die Begründung von Pflichten des Vertreters nach R. Welser	258
3. Rekurs auf R. Welser seit dem HaRÄG 2005 noch zeitgemäß?	258
4. Die Begründung genereller Verhaltenspflicht und deren Konkretisierung aus § 1019 ABGB	259
5. Verletzung einer Aufklärungspflicht?	260
6. Ein vorgelagertes Addendum	263
V. Belastung und Berechtigung im Verhältnis zwischen Schädiger und Geschädigtem	266
§ 3. Haftung bei Nichterklärung über Auftragsvertragsofferte (§ 1003 ABGB)	267
I. Rechtsentwicklung	268
A. Zu den Beratungen der ABGB-Stammfassung	268
B. Angedachte Änderungen im Zuge des HaRÄG 2005	272
II. Die Verbindung mit dem Vertrauensgedanken	273
A. Die Vorstellungen der Gesetzesverfasser	273
B. Bedeutende Konsequenzen für das Verständnis von § 1003 ABGB	275
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Geschädigten	277
A. Haftung setzt Vertrauen voraus	277
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus	277
1. Der Meinungsstand im Überblick	277
2. Gesonderte Betrachtung potentiell erfasster Sachverhalte	278
a. Vorbemerkung	279
b. Vertrauen auf die Annahme des Angebots	280
c. Vertrauen auf die Ablehnung des Angebots	281
3. Ein Addendum zur Pflichtenbegründung durch § 1003 ABGB	283
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen auf das Schweigen voraus	286
1. Kenntnis des Auftragenden	286
2. Fahrlässige Unkenntnis des Auftragenden von der Nichtannahme	287
D. Vertrauensschaden	289
1. Die Kausalität des Vertrauens für die Handlung	289
2. Begrenzung durch das Erfüllungsinteresse?	291
a. Die umstrittene Auslegung von § 663 BGB	292
b. Die sachliche Rechtfertigung für die Haftungsbeschränkung nach § 1019 S 2 ABGB	292
IV. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers	294
A. Haftung setzt öffentliche Bestellung zur Besorgung bestimmter Geschäfte voraus	294
1. Das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit	294
a. Zum weiten Verständnis der hL	294
b. Die „öffentliche Bestellung“ ein Ausdruck für die Art und Weise der Kundgabe	296
2. Erweiterung auf „nichtöffentliche“ Bestellungen	297
a. Zum Erbieten der Geschäftsausführung gegenüber (einem) bestimmten Adressaten	297
b. Ein Anhaltspunkt für die Haftung bei Scheitern der Vertragsverhandlungen	299
i. Problemaufriss	299
ii. Veränderter Abschlusswille und Unfähigkeit zum Abschluss in der Lage zu sein	302

iii. Abbruch ohne triftigen Grund	304
(1) Der zum Ersatz verpflichtende Umstand	305
(2) Entfall der Haftung wegen eines triftigen Grundes zum Abbruch ..	310
B. Haftung setzt Unterlassen der Erklärung über Annahme voraus	312
1. Verletzung einer Aufklärungspflicht	312
2. Abgrenzung zur öffentlichen Bestellung	314
3. Der Widerspruch zwischen öffentlicher Bestellung und Unterlassen des Vertragsabschlusses	315
4. Zum Ausdrücklichkeitserfordernis der Erklärung	318
C. Verschuldens- oder Risikohaftung?	318
1. Haftung setzt verschuldetes Unterlassen der Erklärung über die Annahme voraus	319
2. Zum Verspätungs- und Verlustrisiko	322
V. Belastung und Berechtigung im Verhältnis zwischen Schädiger und Geschädigtem	324
§ 4. Haftung für Prospektangaben (§ 22 KMG 2019)	326
I. Rechtsentwicklung	327
II. Die Voraussetzungen auf Seite des Geschädigten	330
A. Haftung setzt Vertrauen voraus	330
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus	331
1. Vertrauen auf die Prospektangaben ≠ Vertrauen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Prospektangaben?	331
2. Schutz des Anlegers bei Vertrauen auf tatsächlich richtige und vollständige Prospektangaben?	332
3. Zusammenfassende Schlussfolgerungen	334
a. Erklärung der Richtigkeit und Vollständigkeit der mitgeteilten Tatsachen	334
b. Die Entscheidungsfreiheit als rechtlich anerkanntes Schutzgut	335
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen voraus	336
1. Allgemeines	336
2. Haftungsentfall nach § 11 Abs 4 Ministerialentwurf-KMG	337
3. Zusammenfassende Schlussfolgerungen	338
D. Vertrauensschaden	340
1. Die Kausalität des Vertrauens	340
2. Vertrauensschaden ≠ zu ersetzender Schaden	342
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers	342
A. Haftung setzt Verschulden voraus	342
B. Haftung setzt Pflichtverletzung voraus	344
1. Einführung	344
2. Verletzung einer Aufklärungspflicht – Unterlassen als schädigendes Verhalten?	346
a. Konsequenzen für Kausalität und Beweislast	347
b. Ein alternativer Ansatz	349
i. Zur Funktion des Prospekts	351
ii. Schlussfolgerungen für die Beurteilung als Haftung für aktives Tun oder Unterlassen	351
(1) Zum Emittenten (§ 22 Abs 1 Z 1 KMG 2019)	352
(2) Zum Antragsteller auf Zulassung zum amtlichen Handel und zum Garantiegeber (§ 22 Abs 1 Z 2 KMG 2019)	353
(3) Zum Prospektkontrollor (§ 22 Abs 1 Z 3 KMG 2019) und Abschlussprüfer (§ 22 Abs 1 Z 5 KMG 2019)	353
(4) Zu Vertriebspersonen und Vermittlern (§ 22 Abs 1 Z 4 KMG 2019)	354

IV. Die Belastung und Berechtigung im relativen Verhältnis	354
A. Schutz des Vertrauens auf die Prospektangaben bedingt deren Kenntnis	355
B. Unmittelbare Kenntniserlangung aus dem Prospekt?	356
C. Das Mysterium der Anlagestimmung	358
1. Die „Anlagestimmung“ im deutschen Rechtskreis	359
a. Von der Börsen Enquete Kommission in die Rechtsprechung des Reichsgerichts	359
b. Zur „Übernahme“ der Rechtsprechung des Reichsgerichts durch den Bundesgerichtshof	360
c. Die Positivierung der Anlagestimmung im deutschen Prospekthaftungsrecht	361
2. Die österreichische Sichtweise	362
a. Die Rechtsprechung im Überblick	363
b. Die Lehre im Überblick	365
D. Versuch einer Entmystifizierung	367
1. Beweisschwierigkeiten auf Seiten des Anlegers?	368
a. Kausalität des Vertrauens auf die Prospektangaben für Anlageentscheidung	368
b. Kenntnis des Anlegers vom Prospekt und vom Prospektinhalt	369
2. Zu den möglichen Abhilfen gegen Beweisschwierigkeiten des Anlegers	371
a. Zum prima-facie-Beweis	373
b. Zur widerleglichen Kausalitätsvermutung	375
i. Die Ausgleichs- und Präventionsfunktion der Prospekthaftung	376
ii. Ergänzende Argumente	377
(1) Die Sphäre der potentiellen Haftungsträger als Ausgangspunkt der Verkehrsstörung	378
(2) Die Vorteilserlangung potentieller Haftungsträger durch ihre Pflichtverletzung	380
(3) Die Vermutung des Erschließens rechtsgeschäftlicher Absicht ...	381
iii. Widerrufbarkeit des Offerts und Belohnungsanspruch bei widerrufener Auslobung	383
(1) Der Widerruf empfangsbedürftiger Erklärungen	384
(2) Die Auslobung	385
E. Schlussbetrachtung	388

4. Teil. Die systematische Einordnung der Tatbestände des Vertrauensschutzes in das Schadenersatzrecht

§ 1. Das System von Haftungsgrund und Zurechnungsprinzip	391
I. Seine Grundgedanken	392
II. Seine Zweckmäßigkeit	392
A. Grundlagen zur Rechtsfigur der culpa in contrahendo	393
B. Die „culpa“ bei Jherings „culpa in contrahendo“	396
1. Terminologisches	397
2. In der Sache selbst	400
a. Tendenzen einer Billigkeitshaftung	401
b. Tendenzen einer Risikohaftung	401
c. Tendenzen einer Veranlassungshaftung	402
C. Schlussfolgerungen	402

§ 2. Die Einordnung als rechtsgeschäftliche oder gesetzliche Haftung . . .	407
I. Die Anknüpfung der Haftung an eine Erklärung	407
II. Rechtsgeschäftliche Natur der Haftung?	409
A. Die Nichterfüllung des Versprechens als Haftungsgrund der Vertragshaftung . .	410
1. Die Wertung der Redaktoren der 3. TN	411
2. Die Wertung des Gewährleistungsrechts-Änderungsgesetzes	412
3. Schlussfolgerungen	413
B. Der Entstehungsgrund der Vertragshaftung	414
1. Die Entstehung des § 859 ABGB	414
a. Die Beratung zum ABGB-Urentwurf	415
b. Die Revision des ABGB	417
c. Der Einfluss der 3. TN	418
2. Schlussfolgerungen für das systematische Verständnis der ABGB-Redaktoren	419
3. Die Zweiteilung der Entstehungsgründe	422
a. Das Verständnis der modernen Dogmatik	422
b. Stellungnahme	423
C. Die Geltungsgründe für die rechtsgeschäftliche Bindung	425
1. Die beiden konträren Grundpositionen der Lehre	425
2. Die Rolle des Vertrauensgedankens innerhalb des Rechtsgeschäftsrechts . .	427
a. Vorbemerkung	427
b. Der Vertrauensgedanke im Irrtumsrecht	428
i. Die Unanfechtbarkeit der irrigen Willenserklärung	428
ii. Schlussfolgerungen	430
c. Der Vertrauensgedanke im Recht der Auslobung	430
i. Der Belohnungsanspruch bei widerrufenen Auslobung (§ 860 a ABGB)	431
ii. Schlussfolgerungen	432
d. Der Vertrauensgedanke im Begriff der Willenserklärung (§ 863 ABGB) . .	433
i. Einführung	433
ii. Die Gedanken der Redaktoren der ABGB-Stammfassung	434
iii. Schlussfolgerungen	437
3. Zusammenfassende Schlussfolgerung	437
D. Schlussbetrachtung	438
III. Gesetzliche Natur der Haftung	440
A. Die Deliktshaftung als klassischer Fall gesetzlicher Haftung	440
B. Die Deliktshaftung ein Synonym für die nicht auf Rechtsgeschäft beruhende Haftung?	441
1. Der Begriff „Deliktshaftung“ in der österreichischen Lehre	442
2. Der Sprachgebrauch des BGB	443
3. Die größere Elastizität nach dem Sprachgebrauch des österreichischen Gesetzgebers	444
C. Die Differenzierung innerhalb der Deliktshaftung	445
1. Der regelungstechnische Ansatz des Schadenersatzrechts	445
a. Zur Stammfassung des ABGB	446
b. Zum Einfluss der 3. TN	449
2. Zur materiellen Konkretisierung der Generalklausel	452
a. Grundlegendes	452
b. Ein differenzierter Schutz nach Art des Rechtsgutes?	453
c. Konsequenzen für die materielle Konkretisierung der Generalklausel in Bezug auf Vermögensinteressen	457
d. Ergänzende Erwägungen unter Berücksichtigung der Maßgaben des analysierten Normenmaterials	458

3. Die Vertrauenshaftung als eigenständige Fallgruppe der Deliktshaftung ...	459
a. Schlussfolgerungen aus den voranstehenden Erwägungen	460
b. Ergänzende Erwägungen	462
IV. Abschließende Würdigung	463
§ 3. Zur Einordnung als Verschuldenshaftung und zum Verzicht auf ein Verschulden	466
I. Die eindeutige und zu akzeptierende Entscheidung des Gesetzgebers	467
II. Die Verschuldenshaftung einzig vereinbar mit Grundwertungen des ABGB?	467
A. Die Entscheidungsprärogative des Gesetzgebers	469
B. Differenzierte Akzente zur Begründung der Verschuldensabhängigkeit der Scheinvertreterhaftung	470
C. Die unterschiedlichen Rechtsfolgen bei Willens- und Wissenserklärungen ...	471
D. Die Belastung des Irrrenden mit dem positiven Vertrauensschutz	472
1. Die Bindung an den objektiven Erklärungswert	473
2. § 871 ABGB im Lichte der 3. TN	473
a. Der als treffend erkannte Gedanke der Redaktoren der ABGB- Stammfassung	474
b. Die „Veranlassung“ des Irrtums	475
c. Das „Offenbar-Auffallen-Müssen?“	475
d. Zusammenführende Würdigung	476
E. Schlussfolgerungen für den negativen Vertrauensschutz	476
1. Zur These der Erklärung auf eigene Gefahr	476
2. Zur Wahl des Zurechnungsprinzips	478
III. Normative Anhaltspunkte für eine verschuldensunabhängige Erklärungshaftung ..	480
A. Die Haftung der Geschäftsführer für falsche Angaben der § 10-Erklärung	481
1. Die Verbindbarkeit mit den analysierten Modellregelungen des negativen Vertrauensschutzes	482
2. Die Verschuldensunabhängigkeit nach dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers	483
3. Die Tendenzen einer Verschuldenshaftung in der Rechtswissenschaft	483
a. Der Standpunkt der älteren Lehre	484
b. Zur Maßgeblichkeit jüngerer gesetzlicher Wertungen	485
c. Ergebnis	487
B. Die Haftung des Auftraggebers für Verstöße gegen das BVergG	487
1. Von der „schuldhaften Verletzung“ zum „hinreichend qualifizierten Verstoß“	488
2. Der Meinungsstand zum Tatbestandsmerkmal „hinreichend qualifizierter Verstoß“	490
3. Die Verbindung mit den analysierten Modellregelungen des negativen Vertrauensschutzes	492
a. Zur Einordnung unter die Rechtsfigur der culpa in contrahendo	492
b. Zur Anknüpfung der Haftung an die Ausschreibung	495
i. Grundlegendes	495
ii. Eine Verbindung mit der Auslobung?	497
iii. Entfall des Schadenersatzanspruchs nach § 369 Abs 2 BVergG 2018 ...	498
iv. Ersatz des Erfüllungsinteresses (§ 369 Abs 3 BVergG 2018)	501
IV. Schlussbemerkung	503
Zusammenfassung	509
Stichwortverzeichnis	515